

Aus: Yediot Aharonot v. 31. Mai 2006

DIE HAMAS-REGIERUNG MUSS ANERKANNT WERDEN

Von Tanya Reinhart

Die Hamas-Regierung muss nicht nur anerkannt werden, weil dies gut für Israel wäre, wie der ehemalige Mossad-Chef Ephraim Halevy kürzlich argumentiert hat, (1) sondern weil dies nach allen Kriterien der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts der richtige Schritt wäre.

Trotz Widerspruch aus Israels hatten die USA und Europa beschlossen, dem palästinensischen Volk die Möglichkeit zu geben, demokratische Wahlen abzuhalten. Diese Wahlen waren nach Aussage des Berichts von Jimmy Carter in „Herald Tribune“ ehrlich, fair, kämpferisch, gewaltfrei und erbrachten ein Ergebnis, das von Gewinnern wie Verlierern akzeptiert wurde. Dies waren von den 62 Wahlen, die das Carter Center bis dahin verfolgt hatte, mit die besten, insoweit sie den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck brachten. (2)

In einer gerechten und vernünftig geordneten Welt wäre es undenkbar, dass einer auf diese Weise gewählten Regierung die Berechtigung abgesprochen würde, weil die Entscheidung das beteiligten Wahlvolkes nicht nach dem Geschmack Israels ist. Aber in einer von den USA beherrschten Welt ist Macht gleich Recht, und die Macht kann Demokratie nach Belieben definieren. So verkündete man, der Ausgang der palästinensischen Wahlen werde nicht anerkannt, wenn die drei Mantras nicht erfüllt würden: Hamas müsse auf Terror verzichten, frühere Vereinbarungen einhalten und Israel anerkennen. Vorerst solle das palästinensische Volk durch Wirtschaftsboykott bestraft und ausgehungert werden, und zwar in der Hoffnung, dass dies zum Zusammenbruch der gewählten Regierung führen würde.

Hamas hatte im Januar 2005 seinen Beschluss bekannt gegeben, anstelle des bewaffneten Kampfes einen politischen Kampf zu führen. Die Organisation hatte einem einseitigen Waffenstillstand (Waffenruhe) zugestimmt. In den folgenden 17 Monaten hat Hamas nicht eine einzige terroristische Aktion durchgeführt. Hamas hat sich laut Sicherheitskreisen seit der Wahl nicht einmal mehr daran beteiligt, Kassam-Raketen von Gaza aus abzufeuern, was überwiegend durch Fatah geschieht. (3) Was soll also die Forderung, dass Hamas auf Terror verzichtet? Und zu den früheren Vereinbarungen hat Hamas-Premierminister Haniya erläutert, dass gemäß den Oslo-Abkommen von 1993 nach Ablauf einer Übergangszeit von fünf Jahren ein palästinensischer Staat entstehen soll. Aber Israel verletzte jede Bestimmung dieser Abkommen. Es kolonisiert weiter und raubt den Palästinensern ihr Land. Künftig, so Haniya, werde seine Regierung nur noch Abkommen einhalten, die gut für das palästinensische Volk sind.

Wir Israelis haben uns seit den Oslo Abkommen an die Vorstellung gewöhnt, dass es bei Verhandlungen mit der palästinensischen Behörde immer nur darum geht, was gut für Israel ist - in welchem Maße die Palästinenser bereit sind, die Existenz Israels als ein jüdischer Staat anzuerkennen und für seine Sicherheit zu sorgen. Plötzlich ist Israel mit einer gewählten palästinensischen Regierung konfrontiert, die nicht länger gewillt ist, das Spiel mitzumachen. Haniya erklärt der Regierung Israels: Von nun an werden Sie in den Verhandlungen die Position Israels vertreten, und wir werden die Position der Palästinenser vertreten. Das palästinensische Volk verpflichtete sich 1988 bei der Tagung des Palästinensischen Nationalrates in Algier, die Teilung des Landes anzuerkennen und sich mit einem Staat innerhalb der Grenzen von 1967 abzufinden. Israel hat seitdem nicht das Geringste getan um zu zeigen, dass es bereit

ist, einen solchen Kompromiss anzunehmen. Die Palästinenser werden das Existenzrecht Israels nur anerkennen, wenn Israel beweist, dass es bereit ist, das Existenzrecht des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Aber genau dies hat die Regierung Israels und die israelische Armee niemals akzeptiert. Aus ihrer Sicht gab es noch nie eine palästinensische Führung, die als Partner des Friedens in Frage gekommen wäre, und eine Führung, die erklärt, dass sie nur das palästinensische Volk vertritt, erscheint ihnen als wirklicher Feind, der zerstört werden muss.

Olmert mag es gelungen sein, eine Mehrheit des US-Kongresses für einen Boykott der Hamas-Regierung zusammen zu bringen, aber in der israelischen Gesellschaft selbst hat er keine Mehrheit. Nach einer Meinungsumfrage des Truman Instituts vom März diesen Jahres befürworten 62 Prozent der Israelis Verhandlungen mit Hamas. (4) Doch die Mehrheit hat schon seit einiger Zeit in Israel nichts mehr zu sagen. Im Augenblick bleibt nur zu hoffen, dass Europa sich eines Besseren besinnt und auf die USA Einfluss ausübt, die demokratische Wahl des palästinensischen Volkes zu akzeptieren.

(1) Interview in Yediot Aharonot Saturday Supplement, May 26, 2006. See also Associated Press, Former Mossad chief calls for long-term deal with Hamas, May 27, 2006.

(2) Jimmy Carter, Punishing the innocent is a crime, International Herald Tribune May 7, 2006

(3) Amos Harel, _IDF and Qassams / Zero tolerance, Ha_aretz, April 7, 2006; Amos Harel and Arnon Regular, IDF: Hamas about to rein in Qassams, Haaretz April 10, 2006.

(4) Poll conducted March 16-21, 2006, jointly by the Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace at the Hebrew University of Jerusalem and the Palestinian Center for Policy and Survey Research in Ramallah, <http://truman.huji.ac.il/upload/PressRelease-15-240306English.doc>

Nach der englischen Übersetzung aus dem Hebräischen von Mark Marshall (der auch die englischen Anmerkungen hinzufügte) ins Deutsche übersetzt von Klaus v. Raussendorff